Die 13 Forderungen des Offenburger Frauennetzwerks im Jahre 2026

Für Schutz gegen Gewalt - Gegen Menschenrechtsverletzungen und Diskriminierung

Frauen gefährdet

In Deutschland wurden im Jahr 2024 insgesamt 308 Mädchen und Frauen getötet.[1] Viele dieser Tötungsdelikte müssen als Femizid bezeichnet werden.[2] Femizide sind vorsätzliche Tötungen von Frauen oder Mädchen aufgrund ihres Geschlechts. Im gleichen Zeitraum wurden im gesamten Land 859 Frauen und Mädchen Opfer von versuchten oder vollendeten Tötungsdelikten.[3] 265.942 Menschen wurden Opfer Häuslicher Gewalt[4], darunter mehr als 70% Frauen.[5] Die Statistiken der vergangenen Jahre zeigen: Die Anzahl der Gewalttaten gegen Frauen ist alarmierend hoch. Die gezielten Tötungen von zwei Frauen im Februar 2025 und im Juli 2026 in Offenburg gehören damit zur Spitze eines Eisberges massiver geschlechtsspezifischer Gewalt durch Männer. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis sich die nächsten Gewalttaten gegen Frauen ereignen werden.

Zeit zu handeln!

Angesichts dieser Daten und der zwei schockierenden Tötungen in Offenburg, bringt das **Offenburger Frauennetzwerk** Betroffenheit über die Taten und Mitgefühl für die Opfer und ihre Angehörigen zum Ausdruck. Damit verbunden stellt das Frauennetzwerk Offenburg **folgende Forderungen** an die politischen und administrativen Entscheidungsträger*innen in Offenburg, im Ortenaukreis, im Land Baden-Württemberg und in der Bundesrepublik Deutschland:

---

1 Siehe: BKA - Lagebilder Geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichtete Straftaten, 2026, S. 42ff.

2 Siehe: BKA - Lagebilder Geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichtete Straftaten, 2026, S. 40ff.

3 Siehe: BKA - Lagebilder Geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichtete Straftaten, 2026, S. 42ff.

4 Siehe: Bundeslagebild Häusliche Gewalt 2024, 2026, S. 8.

5 Siehe: BKA - Lagebilder Geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichtete Straftaten, 2026, S. 18ff.

1. Konsequente Umsetzung der Frauenrechte

Wir fordern die **konsequente Umsetzung der Frauenrechte** als zentralen Bestandteil der Menschenrechte für alle Frauen und Mädchen. Aktuell sind wir sehr weit davon entfernt. Daher ist die Umsetzung der UN-Frauenrechtskonvention und der Istanbul-Konvention[6] als Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt zwingend erforderlich. In Offenburg, der Ortenau, Baden-Württemberg und in Deutschland braucht es unbedingt schnelle Verbesserungen, und zwar durch vielfältige und gezielte Maßnahmen, die von Gesetzgebung und Rechtsprechung bis zu konkreten Hilfsangeboten für Frauen und Mädchen bei uns vor Ort reichen.

2. Aufklärung und Information

Wir fordern, dass alle Frauen und Mädchen, unabhängig von Herkunft, ihrer sozialen Lage, ihren Ressourcen oder Fähigkeiten[7] **vollumfänglich über ihre Rechte informiert** werden. Dies schließt lokale Hilfsangebote und etwaige Schritte ein, die zu ergreifen sind, wenn sie Opfer von Gewalt geworden sind.

3. Transparenz von Strukturen, Abläufen und Hilfsangeboten

Wir fordern, dass alle lokalen Akteure für **Transparenz von Strukturen, Abläufen und Hilfsangeboten** sorgen, auch mit dem Ziel die Öffentlichkeit zu informieren. Darüber hinaus müssen bestehende Lücken im Hilfesystem kontinuierlich und vollumfänglich analysiert werden um etwaige Mängel auszubessern und so den Schutz von Frauen und Mädchen in Zukunft weiter zu stärken.

---

6 Die Istanbul-Konvention als rechtsverbindliches, internationales Instrument, das Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt umfassend adressiert wurde im Oktober 2017 von Deutschland ratifiziert und trat im Februar 2018 in Kraft. Seitdem hat sie den Status eines Bundesgesetzes. Mit ihren 81 Artikeln geht die Konvention dabei weit über die individuelle Unterstützung von Betroffenen hinaus und beinhaltet auch wichtige Prämissen der Prävention, der Strafverfolgung und der koordinierten und umfassenden politischen Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen. Ihre Umsetzung ist eine verbindliche Aufgabe für alle staatlichen Ebenen - Bund, Länder und Kommunen. Das neue Gewalthilfegesetz stellt einen wichtigen Schritt zur Umsetzung der Istanbul-Konvention dar, deckt jedoch bislang nicht alle Bedarfe und betroffenen Personengruppen ab. Darüber hinaus wird es erst ab 2032 seine Wirkung entfalten. Für eine konsequente Umsetzung sind daher weitere strukturelle und politische Maßnahmen notwendig.

7 Besonders bedroht sind Frauen mit Behinderung, Flucht- und Migrationserfahrung sowie queere Personen. Ihre Perspektiven und Bedarfe werden häufig nicht ausreichend berücksichtigt. Trotz Unterstützungsangeboten besteht weiterhin Handlungsbedarf, insbesondere im Hinblick auf den Zugang zu Schutz und Beratung für besonders vulnerable, mehrfachdiskriminierte Gruppen.

FRAUEN NETZ WERK Offenburg

4. **Praktikable Lösungen vor Ort**

Wir fordern bei bestehenden **rechtlichen Lücken** nach praktikablen und niedrigschwelligen Lösungen vor Ort zu suchen, um diese zu schließen. Dies gilt beispielsweise in der konsequenten Anwendung und Umsetzung von Annäherungsverboten durch Gerichte und Strafverfolgungsbehörden ohne das Erfordernis an Opfern selbst Schritte einzuleiten.

5. **Ausreichend finanzielle Mittel für technische Lösungen**

Wir fordern, durch entsprechendes Budget auf allen zuständigen Verwaltungsebenen (Gemeinde, Kreis, Land, Bund) **ausreichend finanzielle Mittel** bereitzustellen. Dies soll u.a. dazu dienen alle technischen Möglichkeiten des Opferschutzes und der Täterüberwachung auszuschöpfen, die heute bereits zur Verfügung stehen. Beispielsweise für die Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl von elektronischen Fußfesseln für alle Täter, die entsprechende Auflagen erhalten haben, sowie die Bereitstellung der technischen Systeme, die es, neben zuständigen Polizeidienststellen auch den betroffenen Frauen selbst ermöglicht, über entsprechende „Tracker“ unmittelbar eine Warnung bei Annäherung des Täters zu erhalten („spanisches Modell“).

6. **Lokale Ressourcen aktivieren**

Wir fordern, neben der Bereitstellung öffentlicher Mittel, **weitere lokale Ressourcen** einzubinden um Frauen und Mädchen bestmöglich zu unterstützen. Beispielsweise durch zivilgesellschaftliche und kirchliche Organisationen oder auch Unternehmen die entsprechende Mittel mobilisieren können.

7. **Beratung, Betreuung und Unterstützung**

Wir fordern durch derartig bereitgestellte Ressourcen für alle Frauen und Mädchen Zugang zu **rechtlicher Beratung, psychologischer Betreuung und psychosozialer Unterstützung**, wenn diese notwendig sind.

8. **Geschultes Fachpersonal**

Wir fordern die Schulung von Fachpersonal **aller zuständigen Stellen** (Polizei, Gerichte, Staatsanwaltschaft, soziale Dienste u.a.) entsprechend und regelmäßig zum Thema

Geschlechtsspezifische Gewalt. Darüber hinaus erwarten wir eine intensive und konstruktive Zusammenarbeit aller zuständigen Stellen um Frauen vollumfänglich, angemessen und effektiv zu informieren und zu begleiten, sowie Retraumatisierungen zu vermeiden.

9. Täterarbeit ist Opferschutz

Wir fordern neben der Opferarbeit durch Information, Schutz und Unterstützung von Opfern Geschlechtsspezifischer Gewalt auch die konsequente und dauerhafte **Betreibung von Täterarbeit.** Einerseits indem Täter die Auflage erhalten, sich durch entsprechende Maßnahmen der Täterarbeit begleiten und unterstützen zu lassen. Andererseits um Präventivangebote für potenzielle Täter zu schaffen bevor diese gewalttätig werden. Diese Angebote müssen natürlich verlässlich finanziert sein. Denn: Täterarbeit ist Opferschutz.

10. Präventionsprogramme

Wir fordern, dass weiterhin im Rahmen entsprechender **Präventionsprogramme** in Bildungseinrichtungen angesetzt wird, um den respektvollen, gewaltfreien Umgang aller Menschen untereinander zu fördern. Diese Angebote müssen flächendeckend und verlässlich finanziert sein und sich neben Kindern bzw. Jugendlichen und ihren Familien auch an das pädagogische Fachpersonal richten.

11. Bewusstsein & Zivilcourage

Wir fordern die dauerhafte **Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit** für die Anzeichen von Gewalt an Frauen und Mädchen. Kampagnen, Initiativen und Projekte sollen die Bereitschaft steigern, Frauen und Mädchen zu unterstützen, sobald Zeichen von Gewalt sichtbar werden (Zivilcourage). Auch in diesem Bereich müssen alle bereits existierenden technischen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um weitere Hilfsangebote zu schaffen. Beispielsweise über den Einsatz von „Apps“, die im direkten Nahbereich erreichbare sichere Orte sichtbar machen.

12. Repräsentation

Wir fordern, dass Frauen an allen **politischen Entscheidungsprozessen** besser beteiligt werden müssen. Diese **Repräsentation** bedeutet Einfluss auch besonders bei Belangen, Rechten und Schutzmaßnahmen, die Frauen betreffen.

13. Zusammenleben, als Stadtgesellschaft

Wir fordern insbesondere auf kommunaler Ebene, in der Stadt Offenburg, den Austausch über die Rechte und den Schutz von Frauen und Mädchen gegen jede Form von Gewalt weiterzuführen. Denn vor Ort entscheidet sich wie wir **als Stadtgesellschaft zusammenleben** wollen.

Das Frauennetzwerk Offenburg
November 2026

Die Mitgliedsorganisationen des Frauennetzwerks:

- AGJ-Fachverband e. V. - Ellefriede
- AK Frauen - KV Ortenau Bündnis 90/Die Grünen
- AK Nordisches Modell
- Aufschrei - Ortenauer Verein gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Erwachsenen e.V.
- Aufstehen gegen Rassismus Offenburg
- Diakonisches Werk Ortenau - Schwangerschaftsberatung Offenburg
- Ev. Erwachsenenbildung Ortenau - EEB
- Erzdiözese Freiburg - Diözesanstelle - Referentin für Frauen*pastoral
- Frauen helfen Frauen Ortenau e.V.
- FreiJa - Aktiv gegen Menschenhandel
- Hochschule Offenburg - Gleichstellungsstelle
- IN VIA - Standort Offenburg
- Int. chr. Bildungs- und Soziale Initiative für Sinti und Roma e.V.
- P.I.N.K. - Prostitution - Integration - Neustart - Know-how
- Soroptimist International Club Offenburg-Ortenau
- SPD Frauen - SPD Ortenau
- Stadt Offenburg - Gleichstellungsstelle
- ver.di Ortsverein Ortenau
- Zentrum für sexuelle Gesundheit - Aidshilfe Freiburg-Offenburg e.V.
- Zonta Club Offenburg e.V.
- Zonta Club Offenburg-Ortenau